Wir befassen uns mit der Erhellung dessen, was totalitäres System war und was seine Ursache war, die Denkweise, Verhaltensweise, ja dieses verheerende Gefolgschaftsdenken, dieses immer wiederkehrende Denunziantentum und all die gesellschaftlichen Mechanismen, die totalitäres Denken und totalitäre Systeme befördern. Da das Interesse der Öffentlichkeit daran nicht gerade groß und im Sinken begriffen ist in den 5 neuen Bundesländern, das ist auch mir klar, und auch die Gründe dafür, daß sie zu suchen sind in den sozialen Nöten, ja, verstärkt auch durch die Vorsicht, über sich schon wieder die alten Kader zu sehen. Und insofern stelle ich durchaus die Frage an die Behörde von Jochen Gauck, hier vertreten durch David Gill: Wie steht es mit den Prioritäten? Wo liegen die Prioritäten für die Einsichtnahme in die Unterlagen all derer, die sich in die wirtschaftliche Macht gerettet haben, von der politischen hinein in die wirtschaftliche?

Es gibt auch einen anderen Grund. Durch diese sozialen Nöte wird auch befördert eine zum Teil schon wieder aufkommende Verklärung der Vergangenheit, so etwas hatten wir nach 1945 auch. Und weil niemand den Menschen so recht helfen kann und sie sich alleine gelassen sehen, eine Abwendung von der Demokratie und eine Hinwendung zur äußersten Rechten. Und umso notwendiger erscheint es mir, die Vergangenheit nicht Vergangenheit sein zu lassen, sondern lebendig zu halten, in Erinnerung zu halten. Ich möchte dies nicht wieder geschehen sehen wie etwa nach 1945 im östlichen Teil Deutschlands, wo die Geschichte des Widerstandes sehr einseitig geschrieben wurde, insofern vermag ich auch nicht Herrn Professor Schroeder zu folgen, der irritiert scheint über die Vielfalt der Gruppen und nach Profilierung sucht im Sinne etwa von Spezialisierung und Vermeidung von Doppelarbeit. Nein, Pluralismus tut not. Je vielgestaltiger und aus unterschiedlichen Blickwinkeln herangehend man sich der Vergangenheit nähert, um so näher wird man auch der Wahrheit kommen. Und ich möchte bei dieser Aufarbeitung sehen Karl-Wilhelm Fricke ebenso wie Wolfgang Rüddenklau.

So ich um etwas bitte, ist meine Bitte an die Abgeordneten des Bundestages, uns zu helfen. Wir stehen echt alle in finanziellen Nöten. In Berlin wäre vieles schon gewonnen, würde uns das Haus 1 in der Normannenstraße unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Und mögen auch die finanziellen Nöte noch so groß sein und der Haushalt noch so eng sein, die historische Aufarbeitung zweier totalitärer Systeme in Deutschland darf darunter nicht leiden.

Bürgerinitiative Vergangenheitsbewältigung der Stadt Saalfeld, Herr Morgenroth: Mit mir zusammen sind gekommen Bernd Backer und Josef Rode, die dort in der Mitte sitzen. Wir sind eingeladen worden aufgrund eines längeren Briefes, den wir der Enquete-Kommission, dem Innenministerium in Bonn und dem Innenministerium in Erfurt übersandt haben, ein offener Brief mit 300 Unterschriften ungefähr. Ich glaube, daß die Arbeit, die Sie hier machen, sehr wichtig ist, aber Sie sind vielleicht nicht das Gremium,

das uns in unserem Bemühen weiterhelfen kann. Ich will Ihnen trotzdem unser Problem nennen. Wir sind gewissermaßen eine Bürgerinitiative der zweiten Generation, die es erst seit ungefähr einem halben Jahr gibt. Wir haben uns gebildet, um eine ganze Reihe Eingaben von frustrierten Mitbürgern aufzunehmen und zu sammeln, die die Hoffnung verloren haben, daß auf einer offiziellen Schiene das, was sie bewegt, richtig bearbeitet werden kann, sie sehen die Kommission für Korruption und Amtsmißbrauch und dergleichen irgendwo in Watte laufen, daß die Arbeit sich verfangen hat, in vielen auch nebensächlichen Aktivitäten.

Ich möchte Ihnen gern, damit Sie verstehen, wovon ich rede, ein paar solcher Fälle nennen, die wir in diesem Brief auch mitgeteilt haben. Es geht zum Beispiel um einen Mann, der Kampfgruppenkommandeur von Saalfeld war, gleichzeitig Leiter der Urania, Erwachsenenbildung, der vor der Wende und speziell in dieser zweiten Stelle sehr viel zur Verbildung und zur Unterdrückung von Umweltgruppen und dergleichen beigetragen hat in der öffentlichen Diskussion. Dieser Mann ist dann nach der Wende ganz schnell von der Sabelschule übernommen worden als einer ihrer Lehrer, hat dann dort gearbeitet. Er hat sich dann nicht ewig halten lassen, jetzt ist er in Pension, aber was der Mensch auf der Straße sieht, dieser Herr fährt nun in einem dicken schwarzen Audi durch die Gegend, wo andere arbeitslos sind. Und die Leute fragen auch, ist es eigentlich gerecht, daß dieser Mann mit dieser Vergangenheit eine dicke Pension bezieht, während andere Mütter, alleinerziehend, irgendwo sehen müssen, wie sie ihre Kinder durchkriegen, sie nicht auf den Schulausflug mitschicken können, weil sie keine Arbeit haben. Das ist ein Fall, der die Leute verbittert. Oder der Fall einer Kaderleiterin eines Krankenhauses, die dem MfS Zugriff zu den Akten gewährt hat. Sie konnte nicht anders, sie hätte sonst ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, sagt sie. Aber wessen Existenz sie sonst noch aufs Spiel gesetzt hat durch die Herausgabe, danach fragt sie nicht. Und von dem neuen Geschäftsführer oder technischen Direktor des Krankenhauses, der aus den alten Bundesländern gekommen ist, wird sie übernommen. Der Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Saalfeld arbeitet vermutlich bis heute, wenn er nicht in den letzten Tagen entlassen worden ist, noch immer im Landratsamt als Mitarbeiter in einer wichtigen Position. Solche Fälle sind in diesem Brief geschildert, und dann noch sind fast alle ehemaligen Betriebsleiter und jetzigen Geschäftsführer von einflußreichen Saalfelder Betrieben wie der Maxhütte und der Wema benannt. Es ist fast durchgängig, alle großen Betriebe, Zeiss nicht zu vergessen, haben ihre Leute behalten. Das sehen die Leute, und ich würde auf die Frage, die heute früh gestellt worden ist, nicht sagen, das Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit läßt nach, sondern der Glaube läßt nach, daß es auf demokratischem Wege möglich sein könnte, diese Vergangenheit aufzuklären und einer gerechten Beurteilung zuzuführen.

Ich will sagen, ich selbst habe den Glauben noch nicht verloren, aber wenn ich diesen Leuten, die uns diese Eingaben gegeben haben, die Antwortbriefe vom Innenministerium, vom Justizministerium und inzwischen auch von der Treuhandanstalt zeigen würde, wie wir von einem zum anderen vertröstet und als nicht zuständig erklärt werden und dergleichen Dinge mehr, dann, denke ich, würde das ihre Zweifel an der Möglichkeit der Demokratie, solche Vergangenheit aufzuarbeiten, eher bestärken, als daß es die Zweifel beheben würde. Da kommt das, was mein Vorredner auch schon gesagt hat, ins Spiel, daß die Leute sagen, wir müssen eben doch die Rechten wählen, die sagen, was Sache ist, und die greifen handfest zu und das, was ihr damals gesagt habt auf dem Markt: Überhaupt keine Gewalt, das war die falsche Entscheidung, es hätten Köpfe rollen müssen, dann hätten wir heute den ganzen Salat nicht. Das halte ich für die eigentlich gefährlichste Entwicklung in diese Richtung.

Heute im Laufe des Tages ist eine Überlegung geboren worden, die wir Ihnen als der Enquete-Kommission doch zumindest auch zu bedenken geben wollen. Wäre es nicht möglich, daß man einmal einen Landkreis gewissermaßen exemplarisch aufarbeitet und sagt, wer hat eigentlich früher in dieser Amtsstube gesessen, in jener, wer hat auf der Kreisleitung der SED gesessen, wer bei den Blockparteien, wo sitzen diese Leute heute? Sitzen zu erheblichen Teilen in der Bundesrepublik und haben dort eine einflußreiche Stellung. Wo haben ihre Frauen gearbeitet, und wo arbeiten die Frauen heute? Das ist ein ganz interessantes Kapitel, daß dies einmal exemplarisch für einen Landkreis gemacht würde. Ich denke, das wäre eine ganz hilfreiche Arbeit. Wir wären von unserer Seite aus gerne zu Zuarbeit für Sie bereit, um so vielleicht doch den Nachweis zu erbringen, daß es der Demokratie gelingen kann, das Unrecht der Vergangenheit zu überwinden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte jetzt zunächst die hier vorne sitzenden Obleute bitten zu antworten. Ich habe Ihnen allen fünf, die jetzt hier geredet haben, viel Zeit gelassen und meine, das sollten wir auch beim nächsten Mal so machen. Von daher meine ich, sollten die jetzt antwortenden Obleute es so kurz wie möglich machen, damit Sie möglichst bald weitergeben können.

Abg. Meckel (SPD): Ich werde mich an diese Bitte nicht ganz halten, weil ich denke, es ist ganz wichtig und entspricht auch der Strategie, wie wir sie abgesprochen haben, daß in dieser zweiten Runde es wichtig sein soll, daß Sie etwas erfahren über die Arbeit der Enquete-Kommission. Heiko Lietz hat ja darauf hingewiesen, ich könnte jetzt gar nicht die Zahl sagen, aber daß wir schon 13,14 Sitzungen gemacht haben. Deshalb sind wir es den hier Anwesenden und der Öffentlichkeit schuldig, die Frage zu beantworten,was die Enquete-Kommission, die seit März im Deutschen Bundestag eingesetzt